



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/165 - 18.7.1953

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 37654-59  
Fernschreiber 039890

Frei nach Goebbelsrezept	S. 1
Einparteienregierung de Gasperi	S. 3
Durch Rationalisierung zum höheren Lebensstandard	S. 4

## "Deutsche Soldatenzeitung" im Wahlkampf

E.R. - Die im Schildverlag in München erscheinende "Deutsche Soldatenzeitung" der Bundesregierung nahestehend und neuerdings mit einem Subventionsvertrag bedacht, wirbt für die Wiederherstellung soldatisches Ansehens, um das Verständnis für soldatische Gesinnung, Haltung und Organisation. Indem sie sich auch für die EVG unter den gegenwärtigen Bedingungen einsetzt und gegen die sie ablehnenden Gruppen und Parteien polemisiert, mischt sie sich in den parteipolitischen Streit. Mit besonderer Gehässigkeit nimmt sie dabei DGB und SPD aufs Korn.

Nun ist die Anregung und Förderung der allgemeinen Verteidigungsgemeinschaft in einem demokratischen Staat eine durchaus selbstverständliche Angelegenheit. In Deutschland hat diese Frage noch eine besondere Seite. Nachdem seit 1945 über die gesamte frühere deutsche Wehrmacht - mit Ausnahme vielleicht des Afrikakorps wahrheitswidrige Kollektiveile verbreitet wurden, an die sich der Verlust aller Versorgungsrechte für ehemalige Soldaten und ihre Angehörigen und Hinterbliebenen anschloss, nachdem zahllose Urteile in Kriegsverbrecherprozessen entgegen dem Völkerrecht geführt und breit publiziert worden sind, ist eine Bereinigung der Anschauungen und eine Neuorientierung schon der bekannten veränderten Verhältnissen wegen unumgänglich. Eine solche begegnet aber ausserordentlichen Schwierigkeiten, weil in weiten Volksteilen alliierte Vorurteile neben eigenen schlechten Erfahrungen zu Kriegsende Wurzel geschlagen haben, weil sich eine gewisse Enttäuschung über die - zum Teil fälschlich angenommene, zum Teil echte Hitlerhötigkeit der Wehrmachtführung eingefressen hat, weil schliesslich auch aus verschiedensten Gründen pazifistische Stimmungen einer realistischen Lagebeurteilung entgegenstehen.

In die Diskussion um diese Dinge spielen Ressentiments von vielen Seiten hinein. Es gibt solche auch unter früheren maßgeblichen Soldaten. Eine einheitliche Meinung existiert weder in soldatischen Lager, wenn wir der Abkürzung so sagen dürfen, noch auf der Seite derjenigen, die sich aus einem nicht klaren Mißtrauen gegen die dort überwiegenden Stimmen wenden. Immerhin besteht - ausser bei Kommunisten und blinden Pazifisten - über den sittlichen Rang soldatischer Pflichterfüllung und Opfer bei allen wesentlichen Gruppen und Parteien unseres Volkes eine einheitliche positive Meinung.

18. Juli 1953

Streit ergibt sich häufig, wenn eigene Erfahrungen verallgemeinert werden, auch als Fortwirkung jener Gewissenskonflikte, in die eine verbrecherische politische Führung zahllose denkende Soldaten gestürzt hatte. Streit muss auch entstehen, wenn von soldatischer Seite verständnislose Abrechnungsreden gehalten werden, oder wo - vereinzelt bisher - eine soldatische Ordnung im Staat gefordert wird. Wer aber die unumgängliche Diskussion mit Nutzen, mit dem Ziel einer demokratischen Verständigung, zu Einkehr und Neubesinnung führen will, muss auch die Fülle der hier nur angedeuteten Schwierigkeiten berücksichtigen. Fast jeder kann lernen. Beweist er, dass er gelernt hat, so ist ihm die Diskussion auf gleicher Ebene nicht zu verwehren. Ein ehemaliger SA-Chef z.B. aber gehört aus Gründen des Taktos heute nicht in die erste Reihe. (Auch Gründe der Klugheit sollten solchen Leuten das unzeitgemäße Begehren verleiden: sie werden allzu leicht als "Würetchen" entlarvt.)

Nach diesen allgemeinen Bemerkungen kommen wir auf die Wahlkampfaktiken der DSZ, jener aus Steuergeldern mitfinanzierten Wochenzeitung, zurück.

In der DSZ Nr. 28 lasen wir die Überschrift "DGB und Sowjets gegen Adenauers Werl-Besuch". Das ist eine bewusste Fälschung der Tatsachen, soweit sie sich auf den DGB beziehen lassen. Die "Welt der Arbeit" - nicht der DBG - hatte anlässlich des Adenauerbesuches in Werl kritisiert, daß "leider der Generalmajor der Waffen SS, Panzer-Meyer, nicht gerade das geeignete Objekt für eine Geste des Verzeihens gewesen sei". Die DSZ, die für den in einem bezweifelbaren Verfahren Verurteilten eintritt, macht aus der bedauernden Kritik der "Welt der Arbeit" die giftige Verallgemeinerung eines verständnislosen DGB.

Diesem "Falle" geht die DSZ auch in ihrer folgenden Ausgabe noch nach. Sie hat das, ähnlich, schon oft getan, strikt nach Goebbelsrezept, so wie in einem früheren Wahlkampf Gegner der SPD das antisoldatische Gedicht eines früheren Mitarbeiters des "Scharzen Korps" der SS, Lestiboudois, zur Stimmungsmache gegen die SPD verwendeten. Die neueste Nummer der DSZ wendet sich gegen einen SPD-Bundestagskandidaten, der in einem Rundfunkgespräch geäußert hat, daß die Hitler-Armee verkommen gewesen sei und keiner Eidestreue wert. Sie empfiehlt als Wahlschlager die Frage an den Kandidaten zu richten, ob er das heute noch meine. Der so Befragte wird um eine Antwort auf diese schäbige Taktik nicht verlegen sein.

Hier aber musste auf die vergiftenden Methoden der DSZ hingewiesen werden, die auch einmal - unter Verleugnung jeder Orientierungspflicht, wenn nicht gar bewusst wider die öffentlich bekannte Wahrheit, behauptet hat, der sozialdemokratische Generaldirektor des NWDR sei wegen Landesverrat verurteilt worden. Andererseits hat aber die DSZ zezeptgetreu die alte Goebbelsagentin Maria Reese zweifelhafte Geschichten erzählen lassen, bis diese offenbar selbst den Lesern der DSZ zu dumm wurden.

+ + +

Streit ergibt sich häufig, wenn eigene Erfahrungen verallgemeinert werden, auch als Fortwirkung jener Gewissenskonflikte, in die eine verbrecherische politische Führung zahllose denkende Soldaten gestürzt hatte. Streit muss auch entstehen, wenn von soldatischer Seite verständnislose Abrechnungsreden gehalten werden, oder wo - vereinzelt bisher - eine soldatische Ordnung im Staat gefordert wird. Wer aber die unumgängliche Diskussion mit Nutzen, mit dem Ziel einer demokratischen Verständigung, zu Einkehr und Neubesinnung führen will, muss auch die Fülle der hier nur angedeuteten Schwierigkeiten berücksichtigen. Fast jeder kann lernen. Beweist er, dass er gelernt hat, so ist ihm die Diskussion auf gleicher Ebene nicht zu verwehren. Ein ehemaliger SA-Chef z.B. aber gehört aus Gründen des Paktes heute nicht in die erste Reihe. (Auch Gründe der Klugheit sollten solchen Leuten das unzeitgemäße Begehren verleiden: sie werden allzu leicht als "Würstchen" entlarvt.)

Nach diesen allgemeinen Bemerkungen kommen wir auf die Wahlkampfaktiken der DSZ, jener aus Steuergeldern mitfinanzierten Wochenzeitung, zurück.

In der DSZ Nr.28 lasen wir die Überschrift "DGB und Sowjets gegen Adenauers Werl-Besuch". Das ist eine bewusste Fälschung der Tatsachen, soweit sie sich auf den DGB beziehen lassen. Die "Welt der Arbeit" - nicht der DBG - hatte anlässlich des Adenauerbesuches in Werl kritisiert, daß "leider der Generalmajor der Waffen SS, Panzer-Meyer, nicht gerade das geeignete Objekt für eine Geste des Verzeihens gewesen sei". Die DSZ, die für den in einem bezweifelbaren Verfahren Verurteilten eintritt, macht aus der bedauernden Kritik der "Welt der Arbeit" die giftige Verallgemeinerung eines verständnislosen DGB.

Diesem "Falle" geht die DSZ auch in ihrer folgenden Ausgabe noch nach. Sie hat das, ähnlich, schon oft getan, strikt nach Goebbelsrezept, so wie in einem früheren Wahlkampf Gegner der SPD das antisoldatische Gedicht eines früheren Mitarbeiters des "Scharzen Korps" der SS, Lestiboudois, zur Stimmungsmache gegen die SPD verwendeten. Die neueste Nummer der DSZ wendet sich gegen einen SPD-Bundestagskandidaten, der in einem Rundfunkgespräch geäußert hat, daß die Hitler-Armee verkommen gewesen sei und keiner Eidestreue wert. Sie empfiehlt als Wahlschlager die Frage an den Kandidaten zu richten, ob er das heute noch meine. Der so Befragte wird um eine Antwort auf diese schäbige Taktik nicht vorlegen sein.

Hier aber musste auf die vergiftenden Methoden der DSZ hingewiesen werden, die auch einmal - unter Verleugnung jeder Orientierungspflicht, wenn nicht gar bewusst wider die öffentlich bekannte Wahrheit, behauptet hat, der sozialdemokratische Generaldirektor des NWDR sei wegen Landesverrat verurteilt worden. Andererseits hat aber die DSZ Rezeptgetreu die alte Goebbelsagentin Maria Reese zweifelhafte Geschichten erzählen lassen, bis diese offenbar selbst den Lesern der DSZ zu dumm wurden.

Stellungswechsel der italienischen Sozialdemokratie

Von unserem Br-Mitarbeiter

Im Generalrat der italienischen Sozialdemokratie (P.S.D.I.) wurde die unmittelbar nach den Wahlen neu eingeschlagene Taktik und politische Ausrüstung der Partei mit Mehrheit gutgeheissen. Obwohl man es ablehnte, sich darauf festzulegen, dem künftigen Ministerpräsidenten unbedingt die Stimme zur Nominierung zu verweigern, wurde dennoch als allgemeine Richtlinie festgelegt, dass die Partei für die weitere Zukunft die Stellung einer verfassungstreuen Opposition einnehmen wird. Wie allgemein bekannt, verringert diese Stellungnahme die Aussichten de Gasperis, eine stabile Regierung zustande zu bringen.

Diese neue Stellungnahme der bis dahin allzusehr mit der Christlichen Demokratie de Gasperis verbundenen Sozialdemokratie ist das unvermeidliche Ergebnis der Wahlniederlage vom 7. Juni. Zwar gab es auch andere Meinungen innerhalb der Partei, und es fehlte nicht an Stimmen, die die bisherige Taktik der Unterstützung de Gasperis - selbst ohne materielle Gegenleistung - nach wie vor für notwendig halten. Der Persönlichkeit Saragats gelang es aber, das Wiederaufleben der Richtungsstreitigkeiten, die der Partei vor der Wahl allzuviel Energien und Prestige gekostet hatte, zu vermeiden.

Unmittelbar nach der Wahl hatte Saragat mit überraschender Anpassungsfähigkeit der neuen Lage dadurch Rechnung getragen, dass er im Namen der Sozialdemokratie die Forderung aufstellte, die Nenni-Sozialisten (P.S.I.) müssten zur Regierungsverantwortung herangezogen werden, da sie einen erheblichen Stimmenzuwachs zu verzeichnen hatten und ihren Wahlkampf diesmal alleine und unter der Parole der "sozialistischen Alternative" geführt hatten. Die Bereitschaft hierzu war natürlich weder bei Nenni noch bei den Christlichen Demokraten sonderlich gross. Es kam aber doch zu einem, wenn auch ergebnislosen, Gespräch Nennis mit de Gasperi, dem Führer der Christlichen Demokratie.

Für Saragat geht es, wie er auf dem Generalrat der Partei ausführte, darum, die demokratische Basis des republikanischen Regimes nach links zu verbreitern. Er vertritt die Ansicht, dass die Wähler der Nenni-Partei nicht grundsätzlich der Demokratie ablehnend gegenüberstehen, obwohl der Apparat dieser Partei bereits unauflöslich mit dem der

kommunistischen Bewegung verbunden ist.

Es gilt daher, die Wähler, die der Parole der sozialistischen Alternative vertrauten, davon zu überzeugen, dass der Grundgedanke des demokratischen Sozialismus eben nur von der Sozialdemokratie (P.S.D.I.) vertreten wird. Dieser Auffassung in den Volksmassen und vor allem in der Arbeiterklasse zum Durchbruch zu verhelfen, ist für Saragat die nächste und vordringlichste Aufgabe. Daher sein Stellungswechsel von der koalitionsnahen Verbindung mit der Christlichen Demokratie zur verfassungstreuen Opposition, die gleichzeitig eine betonte Distanzierung von den allzu heftigen klerikalischen Tendenzen der vergangenen, von der Christlichen Demokratie geleiteten Regierungen bedeutet; Daher wurde auch die Notwendigkeit unterstrichen, der kommenden Regierungspartei, die notgedrungen nur die Christliche Demokratie sein kann, nur insoweit einen gewissen Spielraum im Parlament zu gewähren, als sie die Grundlagen des weltlichen Staatsprinzips zu achten bereit ist.

Es handelt sich also bei den Beschlüssen des Generalrats der italienischen Sozialdemokratie darum, eine neue und nuancierte Politik einzuschlagen, deren oberstes und wichtigstes Ziel die Gewinnung der Arbeiterschaft für die Linie eines unzweideutigen demokratischen Sozialismus darstellt.

- - -

Alle sollen besser leben!

Durch Rationalisierung zum höheren Lebensstandard

-tt- Das mit einem Gebirge von Hypotheken belastete deutsche Volk hat nur einen einzigen Weg vor sich, wenn es, auch nach seiner Wiedervereinigung, nicht in lähmender Abhängigkeit dahinvegetieren, sondern wieder einen Platz an der Sonne erkämpfen will: Es muss mit allen Mitteln seine Produktion steigern. Wenn es in zwar friedlichem, aber trotzdem unbittlichem Konkurrenzkampf dieser Zeit leben bleiben will, wenn jeden einzelnen nicht nur die nackte Existenz gesichert, sondern der Lebensstandard auch erhöht werden soll, dann bleibt nur die Produktivitätssteigerung auf allen volkswirtschaftlichen Gebieten. Und einer der wichtigsten Schlüssel dazu heißt Rationalisierung.

Die Düsseldorfer Rationalisierungs-Ausstellung "Alle sollen besser - 5 -

leben!", die bei einem Kostenaufwand von 4,5 Mill. DM mit Unterstützung von Bund und Ländern aufgebaut worden ist, versucht, den Begriff der Rationalisierung jedem einzelnen verständlich zu machen und ihm zu sagen: dass und ob du besser leben kannst, wie du es ja willst, dass und ob dein und aller deiner Mitmenschen Lebensstandard erhöht wird, zumindest auf die Stufe mancher anderer Völker, das hängt entscheidend mit davon ab, dass durch eine vernünftige Rationalisierung die lebensnotwendige Produktivitätssteigerung mit erreicht werden kann. Man hat in Düsseldorf zum ersten Mal versucht, dieses Existenzproblem des deutschen Volkes, das doch auch das Existenzproblem vieler anderer Völker ist, dem Ausstellungsbesucher bildhaft vor Augen zu führen und ihn mit der zwingenden nationalen und sozialen Notwendigkeit der Lösung dieses Problems vertraut zu machen. Rationalisierung soll heissen: besser, kostensparender, schneller, bequemer, sicherer und schöner produzieren. In der amerikanischen Industrie ist die Produktionsleistung je Mann viermal grösser als in Deutschland. Wenn man dazu bedenkt, dass wir gleichzeitig einen erheblichen Teil unserer industriellen Produktion aufwenden müssen, um das durch den zeitweisen Wegfall unserer östlichen Kornkammer entstandene 40- bis 50-prozentige Manko in unserer Ernährungsversorgung auszugleichen, dann bleibt - will man nicht nach kapitalistischen Vorstellungen den Fehlbetrag durch niedrigere Löhne und damit durch geringeren Lebensstandard decken - eben nur der Weg der Produktionssteigerung durch Rationalisierung. Aber durch eine Rationalisierung, die in einer durch Normierung und Typenbeschränkung modernisierten Industrie Arbeitskräfte freisetzt, um sie zur Produktion von Massengütern für den Konsumentenmarkt einsetzen zu können. Der Rahmen dieser neuen Produktion ist weitgespannt und umfasst Waren vielerlei Art, wie etwa Rundfunk- und Fernsehapparate, Autos und Haushaltgeräte. Die durch Rationalisierung erreichte Verbilligung des Arbeitsprozesses senkt die Preise und erhöht den allgemeinen Lebensstandard.

Nach dem Willen der Veranstalter der Düsseldorfer Ausstellung soll die Forderung nach national und sozial bedingter Rationalisierung aber auch zugleich eine Mahnung und eine Warnung an die sein, die es angeht. Die Mahnung: den arbeitenden Menschen nicht nur wirtschaftlich und sozial zu sichern, seine Arbeit zu erleichtern und seinen Lebensstandard zu erhöhen, sondern ihn auch aus der Knochenmühle der Nur-Arbeit herauszuholen und ihm die freie Zeit zu geben, die es ihm ermöglicht, unbe-

schwert und wach an den kulturellen Gütern seines Volkes und der Menschheit teilzunehmen. Die Warnung: es nicht bei Phrasen und Lippenbekenntnissen zu belassen, denn es kann nicht nur darauf ankommen, besser, billiger und schneller zu produzieren. Zugleich muss dafür Sorge getragen werden, dass die Rationalisierung keine arbeitenden Menschen der Arbeitslosigkeit ausliefert, sondern dass jeder freigesetzte Arbeiter sofort wieder einen Schaffensplatz erhält, an dem er zu seinem Teil an der Erhöhung des allgemeinen Lebensniveaus mitwirken kann. Denn alle sollen besser leben.

- - -

Die Delegierten der Sozialistischen Frauenkonferenz in Stockholm haben folgende Entschliessung gefasst:

An die Frauen hinter dem Eisernen Vorhang !

" Die Internationale Sozialistische Frauenkonferenz grüsst Euch Arbeiterinnen in Ostdeutschland und in Ost-Berlin. Die ganze freie Welt ist voller Bewunderung für Euren Mut. Euer waffenloser Aufstand war ein grosser moralischer Sieg.

Die Delegierten der Sozialistischen Frauenkonferenz in Stockholm als Vertreterinnen der sozialistischen und demokratischen Frauen der freien Welt erklären sich in rückhaltloser Solidarität mit den Frauen und Männern verbunden, die <sup>unter</sup> dem Terror und der Diktatur kommunistischer oder faschistischer Regierungen leben müssen.

Wir versprechen Euch, in unserem Kampf für Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Frieden nicht zu erlahmen. Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Frieden sind unteilbar. Ihre Heimat ist die ganze Welt."

- - -

---

Verantwortlich: Peter Raunau